

Integrierte Zusammenfassung der Forschungsergebnisse

EnTrust ist ein vom Forschungs- und Innovationsprogramm Horizont 2020 finanziertes Forschungsprojekt, das Vertrauen und Misstrauen in die Politik sowie ihre Auswirkungen auf demokratische Beteiligung und Regierungspraktiken erforscht. Das Projekt untersucht Vertrauen auf verschiedenen Ebenen – von der öffentlichen Verwaltung über Protestbewegungen bis hin zu den Medien. Es identifiziert dabei die Schlüsselfaktoren, die den Vertrauensdynamiken zugrunde liegen und benennt Handlungsempfehlungen zur Stärkung des öffentlichen Vertrauens. Dieses Dokument bietet einen Überblick über das EnTrust-Projekt und stellt dessen Hauptziele und -ergebnisse aus den Arbeitspaketen (AP) eins bis sieben vor.

AP1: Theoretische und normative Grundlagen von Vertrauen und Misstrauen

Forschungshintergrund

Das Hauptziel von Arbeitspaket 1 (AP1) bestand darin, den aktuellen Forschungsstand zu Vertrauen und Misstrauen im Bereich der Politik zu erfassen, um eine interdisziplinäre Bestandsaufnahme ihrer Merkmale, Erklärungsfaktoren und Folgen bereitzustellen. Im Verlauf der Arbeiten wurde ein konzeptioneller und theoretischer Rahmen entworfen, der die in den nachfolgenden Projektphasen durchgeführten Untersuchungen anleiten und aufgreifen sollte.

Die konzeptionelle und theoretische Arbeit stützte sich auf zwei Pfeiler. Auf der einen Seite wurde eine Literatur- und Metaanalyse durchgeführt, in deren Rahmen vorhandene Studien in den Bereichen Politikwissenschaft, Soziologie, Psychologie, Medienwissenschaften und Philosophie gesichtet wurden. In AP1 ging es darum, Erkenntnisse zusammenzufassen, bestehende Forschungslücken aufzuzeigen und konzeptionell-theoretische Vorschläge zu machen, die unser Wissen weiterentwickeln und künftige Studien anregen sollen. Auf der anderen Seite wurden eine Reihe von Memos geschrieben, um die Ergebnisse der empirischen Forschungsarbeit zusammenzufassen und die wichtigsten konzeptionellen und theoretischen Lehren herauszufiltern. Auf Grundlage beider Pfeiler wurde ein integrierter Ansatz entwickelt, der die Rolle von Vertrauen und Misstrauen gleichermaßen berücksichtigt.

Wichtigste Ergebnisse

Die Erkenntnisse aus der Literaturstudie haben ergeben, dass die bisherige Forschung zwar unser Verständnis von Vertrauen in die Politik bereichert hat, zugleich aber auch Unzulänglichkeiten aufweist. Zunächst wird in der empirischen Forschung Misstrauen zu meist mit geringem oder fehlendem Vertrauen gleichgesetzt, wodurch das Verhältnis beider vereinfacht und verfälscht wird. Darüber hinaus hat die Forschung den Mehrebenen-Charakter der EU unzureichend erfasst, wodurch das komplexe Zusammenspiel

zwischen nationaler und europäischer Politik und die Folgen für Vertrauen in unterschiedliche politische und kulturelle Landschaften unzureichend untersucht wurde. Ein zweiter Punkt ist das Fehlen eines integrierten Rahmens, der rational-utilitaristische und normenbasierte Perspektiven eintrifft und das Verhältnis von Vertrauen und Misstrauen in komplexen institutionellen Systemen in den Blick nimmt. Und schließlich reduzieren sozialwissenschaftliche Diskussionen Vertrauen oft auf einen grundlegend positiven Aspekt und Misstrauen auf einen negativen, was ihre komplexen Rollen in der Demokratie stark vereinfacht. Diese Perspektive übersieht die Situationsbezogenheit von Vertrauen und den Wert kritischer Bürgerschaft, was die Notwendigkeit eines normativen Modells, das die Angemessenheit von Vertrauen und Misstrauen in verschiedenen persönlichen und institutionellen Szenarien beurteilt, deutlich macht.

Vor diesem Hintergrund wurde ein konzeptionell-theoretischer Bezugsrahmen entworfen, der drei Vorschläge aufgreift. Erstens werden Vertrauen und Misstrauen nicht als strikt gegensätzlich angesehen, sondern als einander ergänzende Phänomene, die koexistieren und jeweils verschiedene Rollen innerhalb der politischen Landschaft spielen. Vertrauen und Misstrauen werden weder als rein gegensätzliche Pole oder als funktionale Äquivalente angesehen. Stattdessen wird eine dualistische Sichtweise vertreten, der zufolge Vertrauen und Misstrauen durch unterschiedliche Merkmale und Auswirkungen gekennzeichnet sind. Sie betont, dass Vertrauen und Misstrauen nebeneinander bestehen, durch unterschiedliche Faktoren geprägt werden und in unterschiedlicher Weise darauf Einfluss nehmen, wie die Bürger*innen die öffentlichen Institutionen wahrnehmen. Die gleichzeitige Analyse von Vertrauen und Misstrauen sorgt für ein besseres Verständnis demokratischer Politik und eröffnet den Zugang zu Formen „aufge-

klärten Vertrauens“, denn die Bürger*innen äußern den politischen Amtsträger*innen und Institutionen gegenüber sowohl Vertrauen als auch Misstrauen. Es muss anerkannt werden, dass Misstrauen durchaus demokratische Innovation fördern kann, indem es zu einem wachsamem Blick auf die Amtsgewalt aufruft, wohingegen bedingungsloses Vertrauen demokratisches Regieren untergraben kann, da Akzeptanz und Folgsamkeit überbetont werden. Gleichzeitig müssen in diesem Zusammenhang auch Situationen berücksichtigt werden, in denen weder Vertrauen noch Misstrauen gegenwärtig sind, da die Menschen das Interesse an der Politik und den Bezug zu politischen Institutionen vollends aufgegeben haben.

Zweitens betont der von EnTrust vertretene Ansatz die Gegenseitigkeit und Reziprozität von Vertrauensbeziehungen und unterstreicht dabei die Bedeutung von Interaktionen zwischen Bürger*innen und verschiedenen politischen Akteur*innen. Dieser relationale Ansatz interessiert sich für das komplexe Zusammenspiel und die gegenseitigen Abhängigkeiten von Bürger*innen und politischen Akteur*innen. Damit geht EnTrust über die Erforschung von Vertrauen als Einstellung hinaus und betont, dass solche politischen Einstellungen innerhalb von institutionellen Beziehungen geprägt werden. Diese Perspektive berücksichtigt auch die Wechselwirkungen zwischen Haltungen beider Seiten, denn ‚Vertrauen schenken‘ und ‚Vertrauen erhalten‘ stehen ebenso in einem Wechselverhältnis wie ‚Misstrauen entgegenbringen‘ und ‚Misstrauen erfahren‘. Der Ansatz zeigt auf, dass politisches Vertrauen nur innerhalb der institutionell verankerten Beziehungen verstanden werden kann und bietet ein besseres Verständnis davon, wie sich Vertrauen und Misstrauen im gesellschaftlichen Kontext gegenseitig beeinflussen. Schließlich hilft der Ansatz die in der empirischen Forschung weit ver-

breiteten Praxis zu überwinden, Vertrauen ausschließlich aus Sicht der Vertrauensgebenden zu betrachten, womit Vertrauen auf einen psychologischen Wesenszug und/oder eine kulturelle Prädisposition heruntergestuft wurde. Der EnTrust-Ansatz betont, wie wichtig es ist, alle Facetten institutionellen Vertrauens und Misstrauens zu berücksichtigen, darunter die Vertrauensgebenden, die Vertrauensnehmenden und die Art der Vertrauensbeziehung selbst.

Drittens hängen Vertrauen und Misstrauen von verschiedenen Faktoren ab, weshalb sie zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen, Ländern und politischen Systemen variieren können. Zu diesen Faktoren gehören soziale Ungleichheiten, ideologische Polarisierungen und institutionelle Strukturen und Kapazitäten. Länderspezifische Vertrauensniveaus variieren deutlich, da sie vom sozioökonomischen und politischen Kontext geprägt sind. Die Analyse von politischem Vertrauen und Misstrauen muss zugleich breiter angelegt werden und politische und wirtschaftliche Akteur*innen sowie Expert*innen auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene mit einbeziehen, um den komplexen Interdependenzen und potenziellen Transmissionseffekten zwischen diesen verschiedenen Sphären Rechnung zu tragen. Dieser Ansatz verbessert unser Verständnis der Vertrauensdynamiken in Mehrebenen-Regierungssystemen und sensibilisiert dafür, wie vielfältig Vertrauen in den verschiedenen institutionellen Ausgestaltungen sein kann.

Für die Forschung ist ein solcher multidimensionaler und vergleichender Ansatz von wesentlicher Bedeutung, um das komplexe Entstehen, Erhalten und Schwinden von Vertrauen und Misstrauen in der Politik auf der Mikro-, Meso- und Makroebene zu erfassen. Ein solcher Ansatz erlaubt es zu berücksichtigen, wie individuelle Erfahrungen, Gruppen-

dynamiken und öffentliche Diskurse die unterschiedlichen Wahrnehmungen von Politik formen. Er hilft zu verstehen, wie wichtig die direkten Interaktionen zwischen den Bürger*innen und den Regierungsvertreter*innen sind und wie entscheidend die politischen Auseinandersetzungen und gesellschaftlichen Debatten im öffentlichen Raum für die Wahrnehmung der Vertrauenswürdigkeit politischer Institutionen sind. Überdies hebt eine vergleichende Perspektive hervor, welche bedeutenden Unterschiede zwischen den Vertrauensniveaus in verschiedenen soziopolitischen Kontexten bestehen.

AP2: Vertrauen und Misstrauen in Alltagsinteraktionen mit öffentlicher Verwaltung

Forschungshintergrund

Im Rahmen des Arbeitspakets 2 (AP2) des EnTrust-Projekts wurde eine Analyse der Interaktionen benachteiligter Familien mit Beschäftigten der staatlichen Sozialbehörden durchgeführt. Dieser Analyseebene kommt eine entscheidende Bedeutung zu, da sie einen wichtigen Kontaktpunkt zwischen Bürger*innen und öffentlicher Verwaltung in den Blick nahm. Das Ziel bestand darin, die verschiedenen Ebenen, Formen, Bedingungen und Mechanismen aufzuzeigen, durch die Vertrauen aufgebaut und aufrechterhalten wird oder schwindet.

Mithilfe von Interviews wurden die subjektiven Interpretationen des Vertrauens und Misstrauens sowohl der Bürger*innen als auch der Mitarbeiter*innen untersucht. Es wurde erforscht, wie sich Faktoren in den verschiedenen Ländern auf diese Wahrnehmungen auswirken: der Einfluss von Sozialsystemen und Politikgestaltung auf der Mikroebene, die Effekte nationaler Vertrauenskulturen und die spezifischen Erfahrungen von

Mitarbeiter*innen und Bürger*innen, die die Grundlage der Vertrauensdynamiken bilden.

Die AP2-Methoden basierten auf qualitativer Forschung, in erster Linie mit Hilfe von Interviews, die zwischen März 2020 und Februar 2021 durchgeführten wurden. Die Studie bezog verschiedene Orte in Tschechien, Dänemark, Deutschland, Griechenland, Italien, Polen und Serbien ein, wobei sowohl große Städte als auch kleine Gemeinden Berücksichtigung fanden. Dieser Ansatz gewährleistete eine umfassende Sammlung von Erfahrungen über verschiedene Altersgruppen, Berufsbiografien und Abteilungen innerhalb der Sozialämter und Wohlfahrtsverbände hinweg. Insgesamt wurden 115 Interviews mit Mitarbeiter*innen und 117 mit Bürger*innen, die Sozialhilfe empfangen, geführt, wodurch ein umfangreicher Datensatz zur Analyse zusammengestellt werden konnte. Alle Interviews wurden aufgezeichnet, transkribiert und mit Hilfe einer induktiven Inhaltsanalyse basierend auf den Grundsätzen der Grounded Theory analysiert.

Wichtigste Ergebnisse

Die eingehende Analyse der Interviews im Rahmen des Arbeitspakets 2 (AP2) des EnTrust-Projekts legte eine komplexe Landschaft von Vertrauens- und Misstruensbeziehungen in der Alltagsbürokratie offen, mit bemerkenswerten Unterschieden zwischen den verschiedenen Ländern. In den Erfahrungen der Bürger*innen und Sozialarbeiter*innen der einbezogenen Länder wurden Vertrauen und Misstrauen als Beziehungen konzeptualisiert, wobei Vertrauenswürdigkeit eine Schlüsselkomponente darstellte. Vertrauen wurde als dynamisches, sich entwickelndes Konstrukt verstanden, das durch die gegenseitigen Handlungen und Reaktionen der beiden beteiligten Parteien geprägt wird. Die Interaktionen zwischen Bürger*innen und Mitarbei-

ter*innen gründeten auf einem gewissen Maß an Vertrauen, sie standen aber im Kontrast zu einem generellen Misstrauen gegenüber dem institutionellen System der Sozialhilfe. Diese Dichotomie zeigte sich in verschiedenen Ländern und legte die Kluft zwischen individueller und systemischer Wahrnehmung von Vertrauenswürdigkeit offen. In den Interaktionen zeigte sich auch die Wechselseitigkeit von Vertrauen und Misstrauen, denn das Misstrauen seitens der Bürger*innen konnte Skepsis seitens der Beschäftigten bedingen, was eine Spirale gegenseitigen Misstrauens zur Folge haben konnte – mit negativen Auswirkungen auf die Wirksamkeit der Sozialsysteme.

In Dänemark wurde die Bedeutung von Kommunikation ganz besonders hervorgehoben, was dafür spricht, dass eine verbesserte Kommunikation für die Stärkung des Vertrauens entscheidend ist. Die Entwicklung von Vertrauen und Misstrauen im Laufe der Interaktionen und die Gegenseitigkeit der Beziehungen zwischen Bürger*innen und Mitarbeiter*innen wurden als entscheidende Faktoren identifiziert, die Vertrauensdynamiken beeinflussen. Vertrauen wurde besonders mit solchen Mitarbeiter*innen in Verbindung gebracht, die als verlässlich wahrgenommen wurden und Menschen mit Respekt behandeln, wodurch ein hohes Maß an Autonomie gewährleistet wird. Es ist jedoch wichtig zu erkennen, dass ein Zuviel an Vertrauen zu Selbstgefälligkeit und unzureichendem kritischem Engagement führen kann, wodurch Ineffizienzen bestehen bleiben können.

In den verschiedenen Ländern trugen unterschiedliche Faktoren zu Misstrauen bei. In Tschechien, Serbien und Polen sowie in gewissem Maße in Deutschland wirkten sich eine Reihe von Punkten verstärkend auf Misstrauen aus, darunter Nichteinhaltung von Berufsstandards, Mangel an Respekt, System-

fragmentierung und -formalisierung, empfundene Ungerechtigkeit, geringe Sozialleistungen, strikte Bedürftigkeitsprüfung, Kontrollpraktiken und in manchen Fällen Diskriminierung aufgrund ethnischer Zugehörigkeit. In Deutschland und Polen berichteten die Bürger*innen, dass der Erhalt von Hilfe ihr Vertrauen in die zuständigen Mitarbeiter*innen verstärkte, was darauf hindeutet, dass positive Erfahrungen mit einzelnen Mitarbeiter*innen die Vertrauensniveaus insgesamt beeinflussen könnten.

Zwar hat die Studie ein hohes Maß an Übereinstimmung zwischen den Ländern in Bezug auf vertrauensbildende Prozesse und Funktionen von Vertrauen festgestellt, jedoch spielten auch länderspezifische systemische und kontextuelle Faktoren eine Rolle bei der Bildung von Vertrauen oder Misstrauen. Zu diesen Faktoren gehörten das Ausmaß der institutionellen Fragmentierung und Aufgabenspezialisierung im Sozialsystem, die Frage, ob der Eintritt der Bürger*innen in das System freiwillig oder unfreiwillig erfolgte, die Arbeitsbelastung der Mitarbeiter*innen, personelle Unterbesetzung, Personalrotation und berufliches Burnout, der mit der Beantragung von Sozialhilfe verbundene Stress und die Qualität der direkten Kommunikation und Kooperation zwischen den zuständigen Mitarbeiter*innen und den von ihnen betreuten Personen.

Es konnte gezeigt werden, dass Vertrauen und Misstrauen dynamische Phänomene sind, die sich aufgrund der Erfahrungen der beteiligten Parteien entwickeln. Vertrauen in einzelne Mitarbeiter*innen hatte nicht notwendigerweise Vertrauen in das Sozialhilfesystem an sich zur Folge und es bestand die Gefahr einer emotionsbedingten Eskalation von Misstrauen. Mitarbeiter*innen erlebten oft sowohl Vertrauen als auch Misstrauen in die

Personen, für die sie tätig waren, was diese Beziehungen noch komplexer gestalteten.

Die Auswirkungen von Vertrauen und Misstrauen kamen auf verschiedene Weisen zum Ausdruck. Vertrauen förderte die Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Mitarbeiter*innen und den Bürger*innen, was die Effizienz und Qualität der Leistungen verbesserten. Was die zuständigen Mitarbeiter*innen betrifft, sorgte Vertrauen durch die Bereitschaft, den Umfang der Formalitäten nach Möglichkeit zu verringern, für ein reibungsloseres Fallmanagement. Bei den Bürger*innen wiederum bewirkte es, dass sie sich öffneten, private Probleme ansprachen und den Empfehlungen der Mitarbeiter*innen folgten; außerdem sorgte es für ein Gefühl der Sicherheit. Gleichzeitig kann Misstrauen, das gemeinhin negativ bewertet wird, als wirksamer Mechanismus für die Verbesserung von Verantwortlichkeiten fungieren und so notwendige Systemreformen und eine ausgeweitete Rechenschaftspflicht auf den Weg bringen. In Bezug auf den allgemeineren politischen Kontext äußerten viele Bürger*innen zwar ein begrenztes Interesse an Politik und konzentrierten sich stattdessen eher auf das „tägliche Leben“. Allerdings brachte eine beträchtliche Anzahl der Befragten Vertrauen in die EU als Ganzes zum Ausdruck und wusste die Vorteile der EU-Mitgliedschaft zu schätzen.

AP3: Die Rolle demokratischer sozialer Bewegungen bei der Bildung von Vertrauen und Misstrauen

Forschungshintergrund

Das Arbeitspaket 3 (AP3) des EnTrust-Projekts befasst sich mit der Untersuchung der Rolle neuer demokratischer sozialer Bewegungen innerhalb demokratischer Regierungsformen. Die Forschung zielte darauf ab, zu verstehen, wie diese Bewegungen in einer Zeit, in der sich

die Bürger*innen mehr und mehr von den traditionellen politischen Institutionen abwenden, Einfluss auf die politische Partizipation und das öffentliche Vertrauen nehmen. In AP3 ging es um die innere Demokratie dieser Bewegungen, ihre Auswirkung auf das Vertrauen gegenüber der Regierung, ihre Interaktionen mit der Öffentlichkeit und anderen gesellschaftlichen Akteur*innen. Auch ging es um den Einfluss ihrer Strategien der politischen Beteiligung und Konfrontation mit Institutionen auf das gesellschaftliche Vertrauen. Es sollte eine detaillierte Analyse der Dynamiken innerhalb der neuen sozialen Bewegungen und ihrer Auswirkungen auf die demokratische Beteiligung und das Vertrauen in Regierungssysteme durchgeführt werden.

AP3 war bestrebt aufzudecken, wie diese Bewegungen als alternative Plattformen für politische Beteiligung agieren und so potenziell das etablierte Vertrauensgeflecht umgestalten. Von März bis Mai 2021 führten die Forschungsteams Gruppeninterviews mit Teilnehmer*innen von sozialen Bewegungen aus Tschechien, Dänemark, Deutschland, Griechenland, Italien, Polen und Serbien durch. Für jede soziale Bewegung wurden zwei Fokusgruppen gebildet; die eine bestand aus Kernmitgliedern und eine weitere aus Anhängern der Bewegung. Die Rekrutierung der Teilnehmer*innen erfolgte per Schneeballverfahren. Diese Gruppendiskussionen eröffneten Einblicke in die Ansichten und Strategien der Bewegungen. Die Untersuchung befasste sich eingehend mit der komplexen Beziehung zwischen Vertrauen und Misstrauen, wobei die Gegebenheiten in verschiedenen europäischen Gesellschaften behandelt wurden. Sie nahm dazu die inneren Vorgänge dieser Bewegungen, ihren Umgang mit den Bürger*innen und die allgemeineren Auswirkungen auf die demokratische Beteiligung und das Vertrauen in die Institutionen unter die Lupe.

Wichtigste Ergebnisse

Die Studie fand heraus, dass sich die meisten sozialen Bewegungen durch dezentralisierte Strukturen auszeichnen, wobei die Organisationsformen auf Verdienste und/oder etablierte Praktiken beruhen. In diesen Gruppen werden Aufgaben in der Regel auf der Grundlage von individuellen Fähigkeiten, Präferenzen und Verfügbarkeiten vergeben, wobei die Entscheidungsgewalt mehrheitlich in der Hand der Kerngruppen liegt. Die Mitgliedschaft ist bedingt inklusiv, da die Offenheit gegenüber neuen Mitgliedern von geteilten Werten abhängt, zu denen die Ablehnung von Diskriminierung und sozialer Exklusion gehören. Insgesamt weisen diese Bewegungen eine interne Dezentralisierung und horizontale Organisationsstruktur auf, sie setzen auf deliberative Praktiken und heben die Bedeutung von Gleichheit und Inklusion hervor.

Die Ergebnisse des EnTrust-Projekts untermauern die nuancierte Rolle, die Vertrauen und Misstrauen innerhalb der Dynamiken dieser Bewegungen und ihrer Interaktionen mit Regierungsstrukturen spielen. Es stellte sich heraus, dass ein allgemeines Vertrauen als wesentlich für das Funktionieren einer Gesellschaft erachtet wurde, dass aber extreme Formen von Misstrauen und Vertrauen – wie „blindes“ oder „naives“ Vertrauen sowie generelles Misstrauen – negativ bewertet wurden. Die Forschung zeigt auf, dass ein moderates Misstrauensniveau als vorteilhaft angesehen wurde, da es kritisches Denken und Wachsamkeit unter den Bürger*innen fördert. Diese Form der Skepsis ermutigt die Menschen, zu hinterfragen und zu prüfen, was die demokratische Beteiligung verstärkt, und wie Selbstzufriedenheit und Bequemlichkeit verhindert werden kann. Im Gegensatz dazu können exzessive Formen von Vertrauen den gesellschaftlichen Zusammenhalt schwächen, indem sie eine kritische Überprüfung

überflüssig machen und unkontrollierte Machtausübung ermöglichen.

Vertrauen spielt bei der Mobilisierung der Bürger*innen innerhalb sozialer Bewegungen eine zentrale Rolle, da Menschen dazu neigen, sich Bewegungen anzuschließen, denen sie vertrauen. Diese Bewegungen erkennen auch die Rolle an, die Vertrauen bei der Förderung des bewegungsinternen Zusammenhalts und der Ermöglichung gemeinsamen Handelns spielt. Die Studie zeigt unterschiedliche Wahrnehmungen von Vertrauen in Institutionen in den verschiedenen Ländern auf, wobei in Serbien, Italien, Polen, Griechenland und Tschechien ein deutliches Misstrauen gegenüber den politischen Institutionen festzustellen ist. Im Gegensatz dazu herrscht in Dänemark und Deutschland ein eher moderates Vertrauen in die Institutionen.

Im Rahmen der Studie wurde festgestellt, dass die Zusammenarbeit zwischen sozialen Bewegungen und Regierungsinstitutionen und Nichtregierungsorganisationen (NRO) selektiv erfolgt und oft als notwendig erachtet wird, aber zu Uneinigkeit unter den Mitgliedern der Bewegung führen kann. Diese Zusammenarbeit erfolgt mehrheitlich lokal (wie in Deutschland, Italien und Polen zu sehen ist). Mit Ausnahme von Dänemark waren sich die Befragten uneins, ob sich diese Zusammenarbeit negativ auf das Vertrauen der Bürger*innen auswirkt. Dabei beleuchtet die Studie die Wechselseitigkeit von Vertrauen und Misstrauen im Kontext der Zusammenarbeit sozialer Bewegungen mit Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen. Vertrauen und Misstrauen sind nicht statischer, sondern dynamischer Natur und beeinflussen die Handlungen dieser Bewegungen und ihre Interaktionen mit den Institutionen, gleichwie sie von diesen beeinflusst werden. Die Wechselseitigkeit kommt darin zum Ausdruck, wie die selektive Zusammenarbeit der Bewegungen mit Institu-

tionen Vertrauen entweder auf- oder abbauen kann. So wirken sich beispielsweise Kooperationen mit NRO, die auf gemeinsamen Werten basieren, tendenziell förderlich auf das Vertrauen der Bürger*innen aus. Umgekehrt kann eine notwendige, aber zögerliche Zusammenarbeit mit Regierungsinstitutionen eine wechselseitige Spirale des Misstrauens zwischen Bürger*innen und politischen Institutionen entfachen, insbesondere, wenn sie als polarisierend oder mit unklaren Auswirkungen verbunden wahrgenommen wird. Dieses komplexe Zusammenspiel unterstreicht die kritische Rolle sozialer Bewegungen bei der Vermittlung von Vertrauen und Misstrauen innerhalb demokratischer Gesellschaften.

Die Ergebnisse der Studie verdeutlichen, wie wichtig es ist, dass lokale und nationale Institutionen mehr Offenheit, Transparenz, Rechenschaftspflicht und aktive Auseinandersetzung mit den Bürger*innen praktizieren, um Vertrauen in Gesellschaften wieder aufzubauen oder zu stärken. Mitglieder und Anhänger*innen sozialer Bewegungen unterstrichen die Bedeutung von Dialog, Austausch und Diskussion mit den Bürger*innen. Sie äußerten sich aber weniger zu Maßnahmen auf EU-Ebene, was wahrscheinlich daran liegt, dass die EU-Institutionen als bürgerferner empfunden werden. Nichtsdestotrotz bestand Konsens darüber, dass soziale Bewegungen eine signifikante Rolle spielen können, wenn es darum geht, das Vertrauen der Bürger*innen zu stärken, auch wenn die Meinungen über die dazu erforderlichen Strategien auseinandergingen.

Was Demokratie und Beteiligung betrifft, variierte der Stellenwert des Wählens als Form politischer Partizipation von Land zu Land wie auch zwischen den einzelnen Bewegungen. Unter den Teilnehmer*innen der verschiedenen Länder herrschte Einigkeit darüber, dass

verschiedene Formen der Partizipation für ein demokratisches Leben entscheidend sind. Soziale Bewegungen setzen sich für eine partizipatorischere und direktere Demokratie ein und sind der Ansicht, dass sich die Institutionen mehr mit den Bürger*innen auseinandersetzen sollten. Soziale Bewegungen wurden nahezu als wichtige Faktoren erachtet, um den Bürger*innen mehr Sichtbarkeit und Macht im öffentlichen und politischen Leben zu verleihen. Dies spricht dafür, dass eine aktive Beteiligung in diesen Bewegungen den Bürger*innen die Mittel an die Hand geben könnte, gesellschaftliche Veränderungen herbeizuführen.

AP4: Die Rolle der Medien bei der Vertrauens- und Misstrauensbildung: Information oder Polarisierung?

Forschungshintergrund

Die Forschung im Rahmen von Arbeitspaket 4 (AP4) des EnTrust-Projekts befasste sich mit der Rolle des politischen Journalismus und der Nachrichtenmedien als Vermittler von Vertrauensbeziehungen in der Demokratie. Das AP untersuchte das Ausmaß des Vertrauens *in* die Medien und die Infragestellung von Vertrauen *durch* die Medien. Speziell wurde analysiert, wie das Vertrauen in demokratisches Regieren und die Wissenschaft in den etablierten und in den sozialen Medien thematisiert und problematisiert wurde, wobei der Fokus auf die Berichterstattung zur Covid-19-Pandemie gelegt wurde. Der Fokus richtete sich auf die Frage, wie die Medien die Vertrauens(un)würdigkeit des Regierungs- und Expertenhandelns darstellen und rechtfertigen. Hierdurch sollte geklärt werden, wie die Medienberichterstattung und die Nachrichtenkommentare zu informierter Meinungsbildung und Kritik beitragen oder, auf der anderen Seite, die Polarisierung politischer

Meinungen, die Mobilisierung extremer Positionen und die Verbreitung von Desinformationen fördern, die auf die Vertrauenswürdigkeit von Wissenschaftler*innen, Regierung und politischen Vertreter*innen abzielen. Die Untersuchung befasste sich aber nicht nur mit der Problematisierung von Vertrauen, sondern auch mit den Möglichkeiten der Vertrauensbildung. Sie beleuchtete so auch Praktiken zur Sicherstellung der Qualität des Journalismus und zur Bekämpfung von Desinformation.

Die Methodik stützte sich auf einen mehrstufigen Ansatz, der unter anderem auf die Erhebung von Daten in sieben europäischen Ländern setzte: Tschechien, Dänemark, Deutschland, Griechenland, Italien, Polen und Serbien. AP4 begann zunächst damit, verfügbare Meinungsumfragen zu nutzen, um das Ausmaß von Vertrauen *in* die Medien vergleichend zu erfassen. Der Vergleich enthielt drei Dimensionen, nämlich verschiedene Länder, verschiedenen Arten von Medien und journalistische Produkte sowie verschiedene Zeitpunkte im Zeitrahmen 2010 und 2020/21. Anschließend führte AP4 eine vergleichende Analyse der Nachrichtenberichterstattung zur COVID-19-Pandemie in verschiedenen Medien durch, um Originaldaten zum Vertrauen *durch* die Medien zu erheben. Weiterhin wurden die Nutzerinteraktionen und Kommentare auf den Facebook-Seiten verschiedener Zeitungen untersucht, um Einblicke in öffentlich geäußerte Gefühle und Reaktionen zu eröffnen. Schließlich wurden Interviews mit Expert*innen geführt, die sich für die Bekämpfung von Falschinformationen einsetzen und an Maßnahmen zur Überprüfung von Fakten und zur Eindämmung von Desinformation beteiligt sind. Die Ergebnisse dieser verschiedenen Untersuchungsfelder wurden einer Gesamtanalyse unterworfen und einem Runden Tisch von Expert*innen vorgelegt, um die For-

schungsbefunde aus verschiedenen Perspektiven zu beleuchten und zu kontextualisieren.

Wichtigste Ergebnisse

Die Ergebnisse von AP4 beleuchten in detaillierter Weise, wie das Vertrauen in die Regierung und wissenschaftliche Expertise während der Pandemie auf verschiedenen Medienplattformen thematisiert und problematisiert wurde. In Bezug auf Mainstream-Zeitungen konnte die Auffassung bestätigt werden, dass die Berichterstattung mit Hinblick auf unterschiedliche Standpunkte ausgewogen ist und keine extremen Positionen fördert. In allen analysierten Ländern liegt der Fokus aber auf den Regierungen, den Expert*innen und Wissenschaftler*innen, denn sie werden weitaus häufiger als mögliche Vertrauensempfänger*innen thematisiert. Weniger im Fokus steht die Regierungsopposition; den Lockdown-Gegnern oder der Impf-Opposition wird keine Stimme verliehen. Die Problematisierung des Vertrauens richtete sich nicht grundlegend gegen die staatliche Autorität oder die wissenschaftliche Expertise, sondern lud vielmehr zu einer ausdifferenzierten Debatte über die Rolle der Regierungen und wissenschaftlichen Expert*innen während einer Notsituation ein. Nichtsdestoweniger war die Gesundheitspolitik, insbesondere die Sicherheit und Wirksamkeit der Impfstoffe, eines der am heißesten diskutierten Themen in den Zeitungen. Inhaltlich ist die Problematisierung des Vertrauens stark von rationalem Denken geprägt. Sie konzentrieren sich auf Leistung und Fachwissen als Schlüsselkriterien für Vertrauenswürdigkeit, während wertebasierte Kriterien für Vertrauenswürdigkeit kaum eine Rolle spielen.

Dieses Bild einer weitgehend informativen und ausgewogenen Debatte in den Zeitungen wandelt sich, sobald der Blick auf die Thematisierung und Problematisierung in den

sozialen Medien fällt. Die sozialen Medien dienen häufig denjenigen Nutzer*innen, die ihre Skepsis und ihr Misstrauen zum Ausdruck bringen möchten, als Sprachrohr, wobei sie vielfach persönliche Werte über Faktentreue stellen, um ihre Argumente zu untermauern. Diese Dynamik deutet darauf hin, dass die sozialen Medien einem ausgewogenen und vertrauensvollen Diskurs möglicherweise nicht förderlich sind. Den traditionellen Medien mit ihrer Verpflichtung zur kritischen Berichterstattung und reflektierenden Diskussion kann eine substanziellere Rolle zugeschrieben werden, wenn es darum geht, einem aufgeklärten oder kritischen Vertrauen unter ihren Leser*innen den Boden zu bereiten.

Was das Vertrauen in die Medien betrifft, bestehen in der öffentlichen Meinung erhebliche Unterschiede zwischen den Ländern. Dies spricht für einen bedeutenden Einfluss regionaler und kultureller Faktoren auf die öffentliche Wahrnehmung der Zuverlässigkeit und Vertrauenswürdigkeit der Medien. In Dänemark besteht großes Vertrauen in die öffentlichen Institutionen, einschließlich der Medien und des Journalismus; sie werden gemeinhin als sehr wichtig für die Gesellschaft und die Demokratie angesehen. In Tschechien, Deutschland und Italien bewegt sich das Vertrauen in die Medien und den Journalismus auf einem mittleren Niveau, mit höherem Vertrauen in die öffentlich-rechtlichen Medien und Skepsis gegenüber den hohen Marktanteilen und der Leistung kommerzieller Medien. In Griechenland, Serbien und Polen herrscht ein auffallend geringes Vertrauen in die Medien und den Journalismus. Dies ist Ausdruck allgemeinerer sozialer Herausforderungen und einer von der Regierung und einigen wenigen Magnaten dominierten Medienlandschaft, wodurch eine Vertrauenskrise hervorgerufen wird.

Die Pandemie hat das Problem der Desinformation in allen Ländern verschärft, was die Notwendigkeit verdeutlicht, umfassende Bildungsprogramme zur Stärkung der Resilienz gegenüber Desinformation einzuführen. Es ist aber nicht festzustellen, dass die Pandemie zu einem Verlust von Vertrauen in die Berichterstattung und den Journalismus geführt hat. Im Gegenteil, das Vertrauen in die etablierten Medien ist über einen beobachteten 10-Jahres-Zeitraum insgesamt stabil geblieben, und in einigen Ländern (insbesondere Deutschland und Italien) ist das Vertrauen in die Berichterstattung während der ersten beiden Pandemiejahre sogar leicht gestiegen.

Über diese länderspezifischen Ergebnisse hinaus schlugen die interviewten Expert*innen einen multidimensionalen Ansatz vor, um wirksam gegen Desinformation vorzugehen. Hierzu gehört die Stärkung der Rolle professioneller Journalist*innen als entscheidende Vertrauensvermittler*innen, das Eintreten für eine Umgestaltung der Social-Media-Plattformen, um die Priorisierung irreführender Inhalte durch Algorithmen zu mindern. Darüber hinaus betonten sie die Bedeutung einer Einbindung der Europäischen Union in die Mitregulierung digitaler Plattformen, um ein Gleichgewicht zwischen Meinungsfreiheit und notwendiger Aufsicht aufrechtzuerhalten. Außerdem wurde der Ruf nach einer umfassenden Vermittlung von Medien- und Nachrichtenkompetenz laut, ebenso die Forderung nach einer effektiven Unterstützung von Initiativen zur Überprüfung der Richtigkeit von Fakten und Informationen. Ein besonders wichtiges Anliegen war die Sicherheit von Journalist*innen, denn es wurde berichtet, dass sie immer häufiger Schmutzkampagnen, Hassreden und verbalen wie auch physischen Attacken ausgesetzt sind, insbesondere durch nicht-staatliche Akteur*innen im Rahmen öffentlicher Demonstrationen oder bei der Durchführung von Interviews. In manchen

Kontexten haben staatliche Akteur*innen ihre Macht missbraucht, um Journalist*innen einzuschüchtern, was den dringenden Bedarf an besseren Schutzmaßnahmen für Medienvertreter*innen gegen solche Aggressionen unterstreicht.

AP5: Entwicklungspsychologische Einblicke in Vertrauen und Misstrauen

Forschungshintergrund

Das Ziel von Arbeitspaket 5 (AP5) im Rahmen des EnTrust-Projekts bestand in einer entwicklungspsychologischen Untersuchung der Dynamiken von Vertrauen und Misstrauen in die Politik über wichtige Lebensphasen hinweg. Der Fokus lag auf der Entwicklung von der frühen Jugend bis ins Erwachsenenalter, weshalb die Altersgruppen mit den Lebensjahren 11-12, 14-15, 18-19 und 30-50 verglichen wurden. Diese Untersuchung wurde in sieben europäischen Ländern durchgeführt: Tschechien, Dänemark, Deutschland, Griechenland, Italien, Polen und Serbien. Der Hauptfokus lag auf einer Analyse der Konzeptualisierungen, Korrelate und Vorläufer von Vertrauen und Misstrauen. Aufgrund des Erhebungszeitraums richtete sich der Blick auf die Maßnahmen, die von öffentlichen Behörden und Institutionen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie implementiert wurden.

Um zu einem umfassenden Verständnis zu gelangen, wurde das Projekt entlang von verschiedenen Forschungsfragen strukturiert, die mittels einer qualitativen und einer quantitativen Forschungsmethodik beantwortet werden sollten. Bei der qualitativen Forschung ging es darum, die Bedeutung von Vertrauen/Misstrauen in die öffentlichen Behörden und Institutionen in den verschiedenen Altersgruppen zu ergründen, wobei der Fokus auf den Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie lag. Außerdem sollte

untersucht werden, welche Faktoren diese Gruppen als Quelle ihres Vertrauens und Misstrauens in die zwischenmenschlichen Beziehungen und politischen Autoritäten nennen. Die quantitative Forschung konzentrierte sich demgegenüber auf die Untersuchung von kausalen Beziehungen. Es sollte geklärt werden, welchen Einfluss das Verhalten der Behörden – insbesondere in Bezug auf Mitsprache, Transparenz der Argumentation und Vorhersagbarkeit der Handlungen – auf das Vertrauen oder Misstrauen und die Bereitschaft zur Akzeptanz von behördlichen Entscheidungen hat. Darüber hinaus sollte geklärt werden, ob die Faktoren spezifische oder additive Effekte erzeugen, und ob diese Effekte durch das Gefühl, respektiert zu werden, vermittelt werden.

Um diese Fragen anzugehen, wurde ein Mehr-Methoden-Design verwendet, das qualitative Gruppeninterviews mit einer groß angelegten experimentellen Umfrage kombinierte. Die erste Phase beinhaltete die Durchführung von 56 Gruppeninterviews mit insgesamt 251 Teilnehmer*innen in allen sieben Ländern, um umfassende qualitative Einblicke in das komplexe Wesen des Vertrauens zu gewinnen. Auf Basis dieser Einblicke folgte dann die zweite Phase, ein umfragebasiertes Experiment mit 4.082 Teilnehmer*innen aus vier ausgewählten Ländern (Tschechien, Deutschland, Italien und Serbien). Dieser mehrdimensionale Ansatz ermöglichte eine gründliche Untersuchung der nuancierten Wahrnehmungen und Konzeptualisierungen von Vertrauen und Misstrauen in verschiedenen Phasen des Lebens und in unterschiedlichen kulturellen Kontexten.

Wichtigste Ergebnisse

Bei der Untersuchung der vielfältigen Konzeptualisierungen von Vertrauen und Misstrauen

wurde deutlich, dass die Teilnehmer*innen eine nuancierte Perspektive einnahmen, die Vertrauen und Misstrauen als unterschiedliche, aber potenziell koexistierende Dimensionen verstehen. Der Konsens tendierte zur Wertschätzung eines moderaten Vertrauens als Idealzustand. Dieses Vertrauen gründet auf einer kritischen Bewertung verfügbarer Informationen und damit auf keiner unhinterfragten Annahme oder Ablehnung. Für die Teilnehmer*innen sind die Extremformen eines uneingeschränkten Vertrauens und Misstrauens nicht wünschenswert. Sie assoziierten sie mit dem inhärenten Risiko, Autoritäten ohne angemessene Überlegung entweder blind zu folgen oder sie ganz und gar abzulehnen. Gleichzeitig aber wurde hervorgehoben, dass ein Mindestmaß an allgemeinem Vertrauen in andere für den Erhalt einer gut funktionierenden Gesellschaft unabdingbar ist. Dies deutet darauf hin, dass die Bedeutung von Vertrauen und Misstrauen stark vom Kontext abhängt, was ihre Komplexität und Situationsbezogenheit hervorheben.

Die Analyse der Ursachen von Vertrauen und Misstrauen ergab, dass die Teilnehmer*innen die Sachkenntnis und die wahrgenommene Kompetenz der Behörden als entscheidend betrachteten. Es wurde gefordert, dass Entscheidungen und politische Maßnahmen nicht nur fundiert sind, sondern auch überzeugend erläutert und durch vielfältige Argumente untermauert werden. Eine Einschränkung wurde aber gemacht: Ein Übermaß an Informationen könnte zu einer Überlastung führen, durch die Unsicherheit und letztendlich Misstrauen gefördert werden. Diese empfindliche Balance zeigt, wie wichtig es ist, ausreichend Informationen bereitzustellen, um für Verständnis zu sorgen, ohne zu überfordern. Eine Quelle von Misstrauen ist demgegenüber jedwedes Anzeichen, dass politische Entscheidungsträger*innen aus Eigeninteresse handeln, insbesondere zur finanziellen Bereicherung. Diese

Skepsis gegenüber den Motiven der politischen Entscheidungsträger*innen betont den Stellenwert von Integrität und Altruismus.

Außerdem zeigen die Analysen, dass Vorhersehbarkeit, Transparenz und Konsistenz Vertrauen nährten, während ein Umfeld, das durch Unvorhersehbarkeit, Mehrdeutigkeit und Widersprüchlichkeit geprägt ist, Misstrauen entstehen ließ. Der unstete Umgang der Behörden mit der Covid-19-Pandemie, der sich in einer häufigen Änderung der Leitlinien und Maßnahmen äußerte, ließ Vertrauen signifikant schwinden. Dies zeigt, wie fragil das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Politik ist. Wie aus den Gruppendiskussionen hervorging, basierte Vertrauen zu großen Teilen auf Erfahrungen und wurde durch direkte Interaktionen mit Menschen oder Behörden geprägt und beeinflusst. Beachtenswert ist der Einfluss kritischer Erfahrungen, die während der turbulenten Zeit der Pandemie einen deutlichen Einfluss auf Vertrauen oder Misstrauen hatten. Darüber hinaus konnte das Konzept der Wechselseitigkeit bzw. Reziprozität als Grundpfeiler von Vertrauen bestätigt werden, denn wechselseitiges Vertrauen wurde insbesondere in Bezug auf zwischenmenschliche Beziehungen erwartet. Während diese Erwartung bei formellen Beziehungen weniger greifbar war, konnte die Wahrnehmung, dass die Behörden Menschen misstrauen, ein wechselseitiges Misstrauen seitens der Bürger*innen auslösen. Damit eröffnen die Ergebnisse den Einblick in ein komplexes Zusammenspiel von Erwartungen, Wahrnehmungen und Erfahrungen in der Vertrauens- und Misstrauenslandschaft der Menschen.

Die experimentelle Untersuchung des Behördenverhaltens in ihren Verfahrensaspekten brachte in allen Ländern und Kontexten ähnliche Ergebnisse. Mitsprache, Transparenz der Argumentation und Vorhersagbarkeit wirkten sich auf eine Stärkung von Vertrauen und

Akzeptanz sowie einen Abbau von Misstrauen aus. Dieses Dreiergespann aus Mitsprache, Transparenz der Argumentation und Vorhersagbarkeit des Handelns bereitet einen förderlichen Boden, auf dem Vertrauen gedeihen kann. Es zeigte sich aber auch, dass das Fehlen oder Vorhandensein eines einzelnen Aspekts die Äußerung von Vertrauen oder Misstrauen deutlich verändert, wie auch die Bereitschaft, behördliche Entscheidungen zu akzeptieren. Die entscheidende psychologische Grundlage für positive Ergebnisse im Hinblick auf Vertrauen und Akzeptanz bildet das Gefühl, respektiert zu werden. Wenn sich die Praxis der Behörden auf Konsultation, Transparenz oder einen vorhersagbaren Handlungsrahmen stützte, fühlten sich die Menschen mehr respektiert, was wiederum mehr Vertrauen, die Bereitschaft, Entscheidungen zu akzeptieren, und ein geringeres Misstrauensniveau nach sich zog.

Interessanterweise war die Auswirkung dieser Verfahrensaspekte altersabhängig, was sich bei jüngeren Teilnehmer*innen in bestimmten Ländern, wie Tschechien und Serbien, besonders deutlich zeigte. Jüngere Teilnehmer*innen reagierten weniger stark auf Transparenz der Argumentation. Die Bedeutung von Transparenz für das Vertrauen nahm folglich mit dem Alter zu. Außerdem fiel auch die Reaktion auf das Fehlen positiver Verfahrensaspekte in dieser Bevölkerungsgruppe weniger stark aus, so dass davon auszugehen ist, dass die kumulativen Auswirkungen von Mitsprache, Transparenz und Vorhersagbarkeit in Bezug auf das Behördenverhalten mit zunehmendem Alter mehr Gewicht bekommen. Diese Tendenzen ließen sich jedoch nicht überall beobachten, was für länderspezifische Faktoren spricht. Trotz dieser Unterschiede blieben die übergreifenden psychologischen Prozesse der Bildung von Vertrauen und Misstrauen gegenüber den Behörden bemerkenswert konstant, und zwar über die

verschiedenen Kontexte, von der nationalen Entscheidungsfindung bis hin zum täglichen Management hinweg. Zwar wurden kontextabhängige Unterschiede erkennbar, jedoch unterstrich die Analyse den durchschlagenden Einfluss allgemeiner Verfahrensaspekte auf die Gestaltung der Vertrauens- und Misstruensbeziehungen zu den Behörden. Die spricht für die breite Anwendbarkeit der Befunde zur Stärkung des Vertrauens in unterschiedlichen Länderkontexten.

Im Laufe des Lebens verändern die Menschen ihr Verständnis von Vertrauen und Misstrauen und ihrer gesellschaftsweiten Folgen, weshalb sie ihre Fähigkeit verbessern, mit Misstrauen in einem allgemeineren Kontext umzugehen. Mit zunehmendem Alter unterziehen die Menschen Informationen einer eingehenderen Bewertung und kritischen Beurteilung, denn ihre ganze Lebenserfahrung nimmt Einfluss auf ihr Vertrauen oder Misstrauen gegenüber anderen, einschließlich den Behörden. Durch diesen Reifeprozess entwickeln ältere Menschen ein besseres Verständnis, welches es ihnen ermöglicht, die komplexen Dynamiken von Vertrauen und Misstrauen zu erkennen und mit ihnen umzugehen.

In den jüngsten Kohorten im Alter von 11 bis 15 zeigte sich, dass Vertraulichkeit, insbesondere wenn es um die Wahrung von Geheimnissen geht, eine kritische Komponente bei der Entwicklung von Vertrauen ist. Im Gegensatz dazu legten Erwachsene mehr Wert auf geteilte Werte und Weltanschauungen. Darüber hinaus hatte die Familie bei den jungen Menschen einen großen Einfluss auf die Wahrnehmung von Vertrauen und Misstrauen gegenüber Behörden. Die Abhängigkeit von Hinweisen der Eltern oder anderer Familienmitglieder, wem oder was Vertrauen geschenkt werden kann, ist ausgeprägt. Sie weist auf eine Entwicklungsphase hin, in der familiärer Input entscheidend ist für die

Herausbildung ihres Verständnisses und ihrer Haltung gegenüber Autoritätspersonen. Dies betont die bedeutende Rolle, die das Alter und die Entwicklungsphasen für die Modulation der Vertrauensdynamiken spielen. Es legt nahe, dass vertrauensbildende Strategien möglicherweise auf die verschiedenen Altersgruppen zugeschnitten werden sollten, um Vertrauen und Verständnis in der Gesellschaft wirksam zu fördern.

AP6: Vertrauen und Misstrauen von Bürger*innen in die Politik: Formen, Determinanten, Wirkungen und Lösungsansätze

Forschungshintergrund

In Arbeitspaket 6 (AP6) des EnTrust-Projekts wurde die Untersuchung in zwei Analyseschritte unterteilt, um die Grundlagen und Folgen von politischem Vertrauen und Misstrauen in Bezug auf den institutionellen Rahmen und die deliberativen Prozesse demokratischer Regierungsformen zu erforschen. Im Rahmen von Teil A wurde eine Online-Umfrage zwischen Januar und Juni 2023 in sieben europäischen Nationen (Tschechien, Dänemark, Deutschland, Griechenland, Italien, Polen und Serbien) durchgeführt. Mit dieser Umfrage sollte eine komplexe Palette an Faktoren, die politisches Vertrauen und Misstrauen prägen, erfasst werden. Die Palette reichte von soziodemographischen Merkmalen über politische Einstellungen bis zu psychologischen Haltungen. Es wurde auch erfasst, ob Vertrauen und Misstrauen von den wahrgenommenen Absichten der Institution und ihrer Leistung bzw. Performanz abhängig sind. In Teil B wurden deliberative Online-Umfragen in Italien, Griechenland, Polen und Dänemark mit einem Fokus auf den Klimawandel durchgeführt, um zu erforschen, welchen Einfluss Praktiken der deliberativen Demokratie

auf politisches Vertrauen nehmen. Bei dieser Methode wurden Teilnehmer*innen aus der vorangegangenen Umfrage rekrutiert, wobei die Beteiligten in unterschiedliche Diskussionssettings eingebunden wurden, um zu klären, wie sich partizipatorische Demokratie auf Vertrauen und andere relevante Einstellungen auswirkt. Auf diese Weise sollte das Verständnis dafür verbessert werden, wie demokratische Beteiligung Vertrauen fördern kann.

Im Bestreben politisches Vertrauen und Misstrauen zu verstehen, wurden in Teil A eine Umfrage mit innovativen Befragungselementen entwickelt, um die vielschichtigen Einflüsse zu untersuchen, die das Vertrauen auf persönlicher und institutioneller Ebene prägen. Zu diesem Zweck wurde eine repräsentative Umfrage mit einer quotenbasierten Stichprobe entwickelt, an der Befragte mit einem Mindestalter von 18 Jahren, die der Landessprache mächtig waren, teilnahmen. Es wurden Daten zu einem breiten Spektrum an Vertrauensdeterminanten und verschiedenen Regierungssettings erhoben. Teil B verfolgte ebenfalls einen innovativen Ansatz, da er die Auswirkungen deliberativer Demokratie auf politisches Vertrauen mithilfe einer Kombination qualitativer und quantitativer Forschungselemente untersuchte. Die Teilnehmer*innen führten Diskussionen zu relevanten gesellschaftlichen Themen, wobei die Studie statistische Methoden anwandte, um aufzuzeigen, wie die aktive Beteiligung an den Diskussionen die Wahrnehmung von Vertrauen in politische Institutionen formte. Auf diese Weise sollte das transformative Potenzial deliberativer Prozesse im Hinblick auf politisches Vertrauen ermittelt werden.

Wichtigste Ergebnisse

Die Analyse der Umfragedaten aus den sieben Ländern ergab ein komplexes Bild, denn das Ausmaß des geäußerten Vertrauens unter-

schied sich zwischen subnationaler, nationaler und europäischer Regierungsebene signifikant. In der Regel wurde nicht-politisieren Institutionen, wie der Armee, der Polizei und den Gerichten, mehr Vertrauen entgegengebracht als politisierten Einheiten, wie den Parlamenten und den politischen Parteien. In Polen und Serbien war das Vertrauen in die nationalen Regierungen größer als in die lokalen oder regionalen Pendants, während in Dänemark und Deutschland eine leicht positivere Sicht auf die Politiker*innen festzustellen war, was die komplexen Dynamiken regionalen und nationalen Vertrauens hervorhebt. Die Analysen bestätigen auch die Bedeutung soziodemographischer Faktoren für das Vertrauen. Ein geringeres Maß an gelebter Religiosität ging mit einem geringeren nationalen Vertrauen einher, wobei Dänemark eine Ausnahme bildete. Außerdem waren ein höherer Bildungsstand und höhere Einkommensverhältnisse mit größerem Vertrauen in die europäische Politik verbunden, mit bemerkenswerten Ausnahmen in Ländern wie Serbien.

Die Erfahrungen von Einzelpersonen mit staatlichen Institutionen spielten auch eine große Rolle. Insbesondere die Wahrnehmung von fairer Behandlung, Transparenz oder Korruption nahm signifikant Einfluss auf das politische Vertrauen. In nord- und mitteleuropäischen Ländern ging eine faire Behandlung durch Sozialämter mit einem stärkeren nationalen Vertrauen einher, wohingegen wahrgenommene Korruption in allen untersuchten Ländern zum Vertrauensverlust führte. Die erhobenen Daten verdeutlichen die Bedeutung von Gerechtigkeit und Transparenz für den Aufbau von Vertrauen, gleichwie sie belegen, dass negative Erfahrungen und die Wahrnehmung von Korruption das Vertrauensniveau sinken lassen.

Die Analyse war auch an dem Bereich der politischen Kultur interessiert. Sie zeigte, dass

politisches Interesse, Wirksamkeit, Anti-Establishment-Ansichten und Verschwörungstheorien zusammen mit Parteilichkeit und ideologischen Präferenzen eine komplexe Rolle bei der Prägung des politischen Vertrauens spielten. Während politische Wirksamkeit in positivem Zusammenhang zu europäischem Vertrauen stand, hatten Anti-Establishment-Gefühle und Verschwörungstheorien einen negativen Einfluss sowohl auf das Vertrauen in die nationale als auch in die europäische Politik. Die Analyse beleuchtete auch eine „Vertrauenslücke“ zwischen denjenigen, die den Regierungsparteien nahestanden und mehr Vertrauen in die nationale Politik zeigten, und denjenigen, die die Oppositionsparteien favorisierten, wobei unter den Unterstützern euroskeptischer Parteien das Vertrauen auf EU-Ebene geringer war. Die Beziehungen zwischen politischer Partizipation, subjektivem Wohlbefinden und politischem Vertrauen sind vielschichtig und veranschaulichen, dass das Vertrauen in die Politik verschiedenen Einflüssen unterliegt. Sie verweisen auf ein komplexes Zusammenspiel von politischen Einstellungen, persönlichen Erfahrungen und allgemeineren gesellschaftlichen Tendenzen bei der Formung des öffentlichen Vertrauens in politische Institutionen.

Was Teil B von AP6 betrifft, ergab die Analyse, dass die Teilnahme an den deliberativen Online-Umfragen nur eingeschränkte Auswirkungen auf das Vertrauen in die politischen Institutionen hatte. Dies deutet darauf hin, dass das Format der Online-Deliberationen mit ihren asynchronen und wenig intensiven Diskussionen die Effekte, die bei deliberativen Offline-Prozessen zu erwarten sind, nicht in statistisch signifikanter Weise nachzuweisen erlaubt. Dennoch hatte das Experiment signifikante Auswirkungen auf verschiedene andere relevante Indikatoren, was impliziert, dass die in den Umfragen angegebenen Vertrauenswerte die Nuancen der Vertrauens-

dynamiken möglicherweise nicht vollständig erfassen. Die Teilnehmer*innen äußerten den Wunsch nach einer aktiveren Rolle der politischen Institutionen bei der Behandlung der diskutierten Themen und zeigten eine gestiegene Wertschätzung direktdemokratischer Mechanismen, was auf das Streben nach mehr Beteiligung an politischen Debatten schließen lässt. Die Ergebnisse deuten auch auf einen Anstieg der externen politischen Wirksamkeit hin. Dies wird durch die Literatur gestützt, in der es heißt, dass die Teilnahme an Diskussionen die Wahrnehmung der politischen Wirkmächtigkeit und Reaktionsfähigkeit verbessern kann. Darüber hinaus hatte das Experiment Einfluss auf die Ansichten der Teilnehmer*innen zu bestimmten Themen, wie dem Dilemma Wirtschaftswachstum versus Umweltschutz, was darauf hindeutet, dass deliberative Prozesse Meinungen zu wichtigen politischen Themen verändern können.

In der Studie wurde außerdem untersucht, wie verschiedene Interaktionen innerhalb des deliberativen Settings die Einstellungen der Teilnehmer*innen beeinflussen. Exklusive Interaktionen mit Politiker*innen führten zu einer größeren Anerkennung der Rollen der politischen Vertreter*innen und einer Abnahme antipolitischer Einstellungen. Dies belegt, dass direkte Auseinandersetzungen mit Politiker*innen das Potenzial haben, die politische Selbstwirksamkeit zu steigern und den Zynismus der Politik gegenüber abzubauen. Im Gegensatz dazu förderten exklusive Interaktionen mit Expert*innen eher Einstellungen, die Enttäuschungen gegenüber politischen Lösungen zum Ausdruck bringen und die individuelle Handlungen über politisches Engagement stellen. Dies deutet auf eine „technokratische“ Verschiebung der Sichtweisen der Teilnehmer*innen hin. Diese Ergebnisse unterstreichen damit, wie komplex es ist, institutionelles Vertrauen durch deliberative Prozesse zu beeinflussen. Eine direkte Auseinander-

setzung mit politischen Persönlichkeiten könnte einen positiven Einfluss auf die Einstellungen gegenüber politischen Maßnahmen und das Vertrauen in Institutionen haben, wohingegen die Interaktion mit Expert*innen ein Abwenden von politischen Lösungen zur Folge haben könnte. Die Untersuchung verdeutlichte die Bedeutung von direkter Interaktion und Beziehungsnähe für den Aufbau von Vertrauen. Sie legt nahe, dass deliberative Prozesse trotz der Herausforderungen, die digitale Plattformen darstellen, eine kritische Rolle spielen können, wenn es darum geht, die Kluft zwischen Bürger*innen und Institutionen zu überwinden. Dabei bietet sie Einblicke in wirksame Strategien zur Stärkung von demokratischem Engagement und Vertrauen in einer Zeit abnehmenden Engagements seitens der Massenparteien.

AP7: Vertrauen und Misstrauen in der Zivilgesellschaft: Vorbilder und Empfehlungen

Forschungshintergrund

Arbeitspaket 7 (AP7) des EnTrust-Projekts widmete sich den Beziehungen zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen (ZGO) und den Institutionen der EU, um die komplexen Dynamiken von Vertrauen und Misstrauen auf europäischer Ebene zu untersuchen. Mithilfe umfangreicher Analysen zielte AP7 darauf ab, die aktuelle Beziehungslandschaft zu erfassen, die Rolle von Vertrauen und Misstrauen in diesen Interaktionen zu beschreiben und mögliche Wege zur Stärkung des Dialogs und der Zusammenarbeit zu identifizieren.

Mit einem Multimethoden-Ansatz hat AP7 eine Untersuchung in Angriff genommen, die verschiedene Ziele verband. Es galt die Entwicklung der zivilgesellschaftlichen Beteiligung an der EU-Politik zu ermitteln, die

Prozesse und Bedingungen der Vertrauensbildung in die EU-Institutionen zu analysieren sowie die Praktiken des zivilen Dialogs auf nationaler und europäischer Ebene im Hinblick auf ihre Vertrauenswürdigkeit zu bewerten. Die Methodik umfasste ein breites Spektrum an Datenerhebungstechniken, darunter Sekundärforschung, Umfragen, Fokusgruppen und Interviews mit Vertreter*innen verschiedener zivilgesellschaftlicher Organisationen. Auf diese Weise konnten tiefere und umfassendere Einblicke in die Faktoren eröffnet werden, die Einfluss auf die Vertrauensdynamiken im Kontext der EU-Politik nehmen.

Wichtigste Ergebnisse

Die Studie nahm die Entwicklung des zivilgesellschaftlichen Engagements innerhalb der EU-Politik in den Blick, konnte aber nicht abschließend klären, ob die geringe Beachtung der ZGOs durch die EU-Institutionen von einem Mangel an Vertrauen herrührt. Sie machte aber deutlich, dass das Vertrauen, das die ZGOs der EU entgegenbringen, im Wesentlichen auf den Grundsätzen und Werten der EU-Verträge beruht. Hier wurden vor allem normative Grundsätze genannt, wie das Prinzip der „Good Governance“, die im Weißbuch „Europäisches Regieren“ aus dem Jahr 2001 dargelegt ist. Dieses Dokument brachte eine Wende innerhalb der EU-Politik mit sich, denn die Beziehungen standen nicht mehr nur im Zeichen einer reinen Informationsbeschaffung und -verbreitung, wie im Vertrag von Amsterdam von 1997 impliziert. Es ging nun um eine verstärkte Partizipation und um eine Formalisierung der Mitwirkung intermediärer Organisationen. Der Katar-Korruptionsskandal 2022 markierte zwar einen Rückschlag, denn er hatte eine geringere Beteiligung von ZGOs zur Folge. Allerdings gehen die jüngsten Entwicklungen mit neuen Bemühungen einher, die Rolle von ZGOs in der demokratischen

Politik auf EU-Ebene deutlicher anzuerkennen und zu formalisieren. Das geltende Konzept der „Good Governance“ propagiert ein Gleichgewicht zwischen Vertrauen und einem gewissen Maß an Misstrauen. Dies zeigt sich an den Beschlüssen 2022/2075(INI) und 2023/2034(INI) des Europäischen Parlaments, die sowohl von Elementen des Vertrauens als auch des Misstrauens zeugen.

Die Analysen zeigen, dass zwischen institutionellem und zwischenmenschlichem Vertrauen unterschieden werden muss. Denn im Kontext der EU sind beide Ebenen in den Grundsätzen und Werten der EU zwar verankert, sie entwickeln sich aber auseinander. Institutionelles Vertrauen entsteht innerhalb der rechtlichen und institutionellen Rahmen, die der Regelung der Interaktionen zwischen ZGOs und EU-Institutionen mit ihren wechselseitigen Erwartungen dienen. Dies unterstreicht die Rolle eines strukturierten Handlungsrahmens beim Aufbau von Vertrauen. Allerdings gewährleisten solche rechtlichen Rahmen allein aber noch kein Vertrauen auf individueller Ebene, was darauf hindeutet, dass zwischenmenschliches Vertrauen eher auf persönliche Erfahrungen und Interaktionen zurückzuführen ist.

Sowohl institutionelles als auch zwischenmenschliches Vertrauen wurden als wesentlich für die Arbeit von ZGOs innerhalb der EU angesehen. Beide Formen des Vertrauens bilden den Befragten zufolge eine unerlässliche Grundlage für die Zusammenarbeit, auch erleichtern sie den Zugang zu den EU-Institutionen. Hinzu kommt, dass Vertrauen und Misstrauen für die Tätigkeit der ZGOs gleichermaßen von Bedeutung sind. Vertrauen erleichtert die Mitwirkung an der EU-Politik, während Misstrauen Vorsicht und kritisches Engagement begünstigt. Die Wichtigkeit von Vertrauen wurde zwar anerkannt, allerdings äußerten die Befragten auch unterschiedliche Meinungen, was zeigt, dass ihre Bedeutung

für die Tätigkeiten der ZGOs unterschiedlich bewertet wird.

Die wechselseitige Struktur des Vertrauens spielt auch in dieser Studie eine große Rolle. Vertrauen in die EU ist für die Tätigkeiten der ZGOs sehr wichtig, allerdings erweist sich das von den EU-Institutionen entgegengebrachte Vertrauen als ebenso bedeutend. Damit die politische Entscheidungsfindung mehr ist als nur eine reine Formalität und wirklich effektiv und sinnvoll wird, müssen die EU-Institutionen den zivilgesellschaftlichen Organisationen vertrauen, diese anerkennen und respektieren. Den Befragten zufolge wurde diese Voraussetzung aber nicht überall erfüllt, was die kritische Rolle von wechselseitigem Vertrauen bei der Ermöglichung substanzieller Mitwirkung und Zusammenarbeit unterstreicht.

Im Hinblick auf die Wahrnehmung von Veränderungen im Laufe der Zeit hat Vertrauen in die EU unter den Befragten unterschiedliche Wege eingeschlagen: Etwa gleich viele Personen berichteten von einer Zu- bzw. Abnahme des Vertrauens, während ein signifikanter Anteil keine Veränderung feststellen konnte. Die unterschiedlichen Einschätzungen verweisen auf die komplexe und dynamische Natur von Vertrauensbeziehungen im EU-Kontext. Von den Veränderungen unabhängig aber bleibt das zugrundeliegende Konzept des wechselseitigen Vertrauens und Respekts, denn die Auffassung, dass Vertrauen wechselseitig ist und für ein konstruktives Engagement in beide Richtungen gehen muss, wurde allgemein anerkannt. Ein Schlüsselaspekt dieses wechselseitigen Vertrauens war die Wahrnehmung einer gemeinsamen Aufgabe, gemeinsamer Ziele und Werte, die für das Vertrauen und die Zusammenarbeit zwischen ZGOs und EU-Institutionen von entscheidender Bedeutung waren.

Ein entscheidender Faktor für die Förderung von Vertrauen in die EU-Politik ist den

Analysen zufolge der zivile Dialog, der selbst als vertrauenswürdig anerkannt sein muss. Eine sinnvolle Einbeziehung der Bürger*innen und ihrer Organisationen in die Entscheidungsfindungsprozesse erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass politische Maßnahmen den Bedürfnissen der Gemeinschaft gerecht werden, was positiv zum Vertrauen in die Politik beiträgt. Die Einführung transparenter Prozesse, die Zuweisung klarer Zuständigkeiten an Einzelpersonen innerhalb der Institutionen und das Abstecken der Rollen aller Beteiligten sind wesentliche Schritte in Richtung Vertrauensbildung. Das Fehlen eines zivilen Dialogs und die Nichterfüllung von Erwartungen können hingegen zu einem signifikanten Verlust von Vertrauen in die EU-Institutionen führen. Die wirksamste Art, Vertrauen zu bewahren, ist, wenn sich zeigt, dass die Demokratie politische Maßnahmen ergreift, die allen Beteiligten gerecht wird – Mensch, Tier und Umwelt gleichermaßen. Die Einbindung von ZGOs in den gesamten Entscheidungsfindungsprozess ist zur Erreichung dieses Ziels von entscheidender Bedeutung. Obwohl der kollektive Wunsch besteht, dass Konsultationen transparenter, demokratischer und inklusiver gestaltet werden sollen, fehlt es dem Europäischen Parlament und den EU-Institutionen an einer kohärenten Strategie für den zivilen Dialog. Viel zu häufig wird einer unidirektionalen Kommunikation mit der Öffentlichkeit der Vorzug gegeben. Zwar wurde die jüngste „Bürgerbeteiligung“ auf EU-Ebene als rein symbolischer Akt kritisiert, dennoch gab es bemerkenswerte positive Schritte, wie die Zusammenarbeit mit der ESU (Dachverband der europäischen Studierendenschaften), die auf bestehendes Potenzial für mehr substanzielles Engagement hindeutet.

Auf Ebene der Mitgliedstaaten bleibt eine wirksame Kommunikation über EU-Angelegenheiten eine Herausforderung und säht manchmal Misstrauen. Die Praktiken rund um

den zivilen Dialog unterscheiden sich stark von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat. Die bestehenden Rahmen und Mechanismen zur Einbindung der Zivilgesellschaft in die Ausarbeitung nationaler Positionen zu EU-Gesetzesentwürfen können oft keine konsistente und sinnvolle Beteiligung sicherstellen. Gleichzeitig sehen sich ZGOs in der EU mit Herausforderungen konfrontiert, darunter eingrenzende Gesetze, Beschränkungen des Demonstrationsrechts und Anschläge auf Aktivist*innen. Es wird in diesem Zusammenhang von einem schrumpfenden öffentlichen Raum („shrinking civic space“) gesprochen, der für die Zivilgesellschaft alarmierend ist. Diese Punkte unterstreichen die Notwendigkeit, mehr gemeinsame Anstrengungen zu unternehmen, um einen wahrhaftig inklusiven, transparenten und vertrauenswürdigen Dialog zu fördern, der die Kluft zwischen den EU-Institutionen, Mitgliedstaaten und der Zivilgesellschaft zu überwinden vermag.

Projektinformationen

Das EnTrust-Projekt wurde von der EU im Rahmen des Forschungs- und Innovationsprogramms Horizont 2020 finanziert (Finanzhilfvereinbarung Nr. 870572). Das EnTrust-Konsortium bestand aus acht Partnerteams, die in sieben Ländern (Tschechien, Dänemark, Griechenland, Deutschland, Italien, Polen und Serbien) und auf EU-Ebene forschten und zur Verbreitung und Verwertung der Ergebnisse beitrugen. Der Arbeitsplan bestand aus sieben Arbeitspaketen, die sich der systematischen Analyse und Reflexion verschiedener Aspekte der folgenden Themen widmeten, und deren Ergebnisse in diesem Dokument dargelegt wurden.

Weitere Informationen über das EnTrust-Projekt finden Sie unter www.entrust-project.eu

Konsortium:

[Civil Society Europe](#) (Brüssel, Belgien)

[Masaryk Universität](#) (Brünn, Tschechien)

[Panteion Universität für Sozial- und Politikwissenschaften](#) (Athen, Griechenland)

[Universität Belgrad, Institut für Philosophie und Gesellschaftstheorie](#) (Belgrad, Serbien)

[Universität Kopenhagen](#) (Kopenhagen, Dänemark)

[Universität Siegen](#) (Siegen, Deutschland)

[Universität Siena](#) (Siena, Italien)

[Universität Warschau](#) (Warschau, Polen)

Kontakt

Prof. Dr. Christian Lahusen
Projektkoordinator
Universität Siegen
Seminar für Sozialwissenschaften
Adolf-Reichwein-Str. 2
57068 Siegen – Deutschland

E-Mail: entrust@uni-siegen.de

Social-Media-Links



Projektinformationen

Art des Projekts: Gemeinschaftsprojekt
Aufruf: H2020 SC6 GOVERNANCE-01-2019: Trust in Governance
Starttermin: Februar 2020
Dauer: 48 Monate
Koordinator: Prof. Dr. Christian Lahusen, Universität Siegen
Fördervereinbarung Nr.: 870572
EU-finanziertes Projektbudget: 2,978,151.25 €



Dieses Projekt wurde mit Mitteln aus dem Forschungs- und Innovationsprogramm "Horizont 2020" der Europäischen Union unter der Finanzhilfvereinbarung Nr. 870572 gefördert. Der Inhalt dieser Veröffentlichung liegt in der alleinigen Verantwortung der Autoren und spiegelt nicht unbedingt die Meinung der Europäischen Union wider.

www.entrust-project.eu
